



So fing alles an: Initiativen-Gründer Oliver Neuber mit Post von der Klosterkammer vor seinem Haus.

Foto: Archiv

Fronten bleiben verhärtet

IG Erbbau gibt sich nach dem Termin bei der SPD im Landtag wenig positiv

Von Dieter Polte und Katja Kersting

VORSFELDE. „Entweder entscheidet sich die Politik für soziale Gerechtigkeit, oder man duldet weiterhin nur die wirtschaftlichen Interessen einer Landesbehörde.“

Oliver Neubers Fazit nach dem Besuch der Interessengemeinschaft (IG) Erbbau im hannoverschen Landtag klang wenig positiv.

Zu fünf waren die Vorsfelder der Einladung von SPD-Vorsitzendem Wolfgang Jüttner gefolgt, um gemeinsam mit anderen Interessengemeinschaften Niedersachsens ihre Standpunkte zum leidigen Thema zu formulieren. Allerdings konnten zum Leidwesen der IG weder Jüttner noch Landtagsabgeordneter Klaus Schneck an dem Treffen teil-

nehmen. Die Sitzung wurde von Silke Lesemann geleitet. Sie ist im Wissenschafts- und Kulturausschuss und bearbeitet die Petitionen zum Thema.

Die Präsidentin der Klosterkammer, Sigrid Maier-Knapp-Herbst, sagte, dass im Haushalt von gut 24 Millionen Euro etwa 56,7 Prozent Einnahmen aus der Erbpacht seien. Ziel der Kammer sei es, das Vermögen zu erhalten und zu mehren.

„Das gesetzliche Ankaufsrecht von Erbbaugrundstücken wird von der Klosterkammer nicht wahrgenommen“, sagte die Präsidentin. Dies sei ein Eingriff in das Verfügungsrecht der Klosterkammer. Eine von der SPD vorgeschlagene Einzelprüfung oder ein Tausch von Grundstücken mit dem Land Niedersachsen könne wegen der Gleichbehandlung nicht erfolgen.

Dietmar Lange, Schriftführer der

Wolfsburger IG, äußerte sich: „Es ist nicht zu verstehen und hinnehmbar, dass Erbbaurechtsnehmer in unmittelbarer Nachbarschaft die Hälfte von dem bezahlen, was andere schon heute zahlen müssen und weitere Erhöhungen alle fünf, beziehungsweise zehn Jahre folgen.“ Eindrücklich forderte Lange die Präsidenten der Klosterkammer auf, ihre Position zu überdenken. Letztlich sei aber auch die Politik in dieser Angelegenheit gefordert.

„Wir wollten mit diesem Termin weg davon, dass jeder vor sich hin arbeitet, denn es ist ein generelles Problem im ganzen Land“, sagte Schneck. Die SPD wollte alle Positionen hören, alle Beteiligten an einen Tisch bringen. „Nun überlegen wir, wie wir als Landtagsfraktion weiter vorgehen“, sagte Schneck. Einen Schnellschuss solle es aber nicht geben.

Gespräch im Landtag

IG Erbbaurecht kämpft

Vorsfelde (bis). Mit gemischten Gefühlen kamen die Vertreter der Interessengemeinschaft Erbbaurecht Wolfsburg/Vorsfelde von einem Gespräch im Landtag zurück. „Wir haben von der SPD-Fraktion Rückendeckung bekommen“, sagt IG-Vertreter Dietmar Lange. „Aber die Klosterkammer bewegt sich keinen Millimeter.“

Gemeinsam mit anderen IGs kämpft die IG Wolfsburg für eine gesetzliche Änderung des Erbbau-

rechts: Die SPD-Fraktion brachte jetzt Interessenvertreter und Klosterkammer an einen Tisch. SPD-Sprecherin Silke Lesemann – sie ist im Kulturausschuss für die Erbbauzins-Petitionen zuständig – appellierte an das soziale Gewissen der Klosterkammer. Doch deren Vertreter hätten sich auf die geltende Rechtslage berufen.

Fazit: „Wir müssen das Erbbaurecht gerechter gestalten“, sagt IG-Sprecher Oliver Neuber. „Jetzt wollen wir Gespräche mit CDU, FDP und Grünen führen. Von Hannover geht es dann nach Berlin.“

Wolfsburgs tagsabgeordnete Angelika Jahns signalisiert Hilfsbereitschaft: „Wir denken über eine Bundesratsinitiative nach.“



Jahns

CDU-Landtagsabgeordnete Angelika Jahns signalisiert Hilfsbereitschaft: „Wir denken über eine Bundesratsinitiative nach.“